

Gegen den Migrationspakt – in Düsseldorf!

Nach einem Teilnehmerbericht – von E. Noldus.

Am Samstag, dem 17. November, fand in Düsseldorf eine Demonstration gegen den Migrationspakt statt. Aufgerufen zu dieser Veranstaltung, der einige hundert Menschen folgten, hatten die „Patrioten NRW“, die – wie NRZ online empört noch am 17. November beklagte – „nach eigener Aussage für den ‚Erhalt der deutschen Kultur und der Traditionen‘ kämpft.“

Der Düsseldorfer „Express“ machte ein „Nazi-Bündnis aus Hooligans, Menschen aus dem Pegidaumfeld und aktiven Rechtsextremisten“, darunter „Frauenbündnis Kandel“ oder die „Patrioten NRW“, als Teilnehmer aus.

Etwa um 14 Uhr begann die Demonstration am Johannes-Rau-Platz, die als Umzug zum Fürstenwall geplant war. Gegendemonstranten aus dem linken Milieu verlegten durch eine Sitzblockade den Weg, bevor sie – nach zweimaliger Aufforderung der Polizei zur Räumung – tatkräftig daran erinnert wurden, was „staatliches Gewaltmonopol“ in der Praxis bedeutet. Die Beleidigungen und Provokationen der geistesarmen Avantgarde des Gutmenschentums hielten sich im üblichen Rahmen, verfehlten aber im übrigen ihren Zweck. Weder ging von den Teilnehmern der Kundgebung die wohl erhoffte Gewalt aus noch hinterließ sie irgendwelchen Eindruck. Um etwa 18 Uhr war am Fürstenwall das Ziel des Zuges erreicht und die Veranstaltung beendet.

Das Bekenntnis der Veranstalter von „Patrioten NRW“ zur deutschen Kultur, die Geistesgrößen wie Martin Luther, Immanuel Kant oder Alexander von Humboldt, Wissenschaftler wie Werner von Siemens, Robert Koch oder Otto Hahn, Staatsmänner wie Friedrich den Großen, Otto von Bismarck oder Helmut Schmidt hervorgebracht hat, rechtfertigt für die anonymen Artikelschreiber von Express, NRZ und Rheinischer Post die Zuordnung zum Neonazi-Milieu. Die gleichen erbärmlichen Figuren bejubeln auf der anderen Seite jede Form von Primitivität als kulturelle Bereicherung, solange sie als Folgeerscheinung einer Zuwanderung zutage tritt.

Wie dem auch sei; die im Grundgesetz garantierte Meinungs- und Versammlungsfreiheit gilt auch für Anhänger eines wie auch immer gearteten rechten oder rechtskonservativen Spektrums. Bezeichnend für die manipulative Tendenz in der Berichterstattung ist das Verschweigen der Tatsache, daß tatsächlich anwesende Hooligans nur eine Minderheit bildeten und bereits nach etwa zwei Stunden plötzlich verschwunden waren. Anwesend waren die „Frauen von Kandel“, einer Vereinigung hauptsächlich von Frauen, die sich nach der Ermordung einer jungen Frau in Kandel durch einen angeblich minderjährigen, aber schon vorher in Griechenland durch eine Gewalttat aufgefallenen Afghanen gebildet hat. Ähnlich „Mütter gegen Gewalt“ oder eine Kölner Gruppe, die sich nach den – bis heute ungesühnten – Vergewaltigungsexzessen um die Jahreswende 2015/16 auf der Domplatte durch Araber gebildet hat.

Die „Kölner Gruppe“ hat eine Idee in die Praxis umgesetzt, die Nachahmung verdient. Um so mehr, als diese Idee im Grunde völlig unpolitisch ist und daher kaum dem Vorwurf der Instrumentalisierung ausgesetzt werden kann. Für einen monatlichen Beitrag von 5 Euro wird für Frauen und Kinder ein Begleitdienst gestellt. Dabei wird nach einem Anruf eine Begleitperson zu dem bzw. der Betroffenen geschickt, damit sich diese ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen kann.

Anmerkung: Völlig unabhängig davon hat der Verfasser in der „Jungen Freiheit“ vom 16. 11. 2018 auf Seite 2 einen Hinweis auf einen vergleichbaren „Begleitservice für Frauen“ aus Hanau entdeckt.

Zu dem „Bericht“ der „Rheinischen Post“ waren über zwanzig Kommentare eingegangen, die sich mehrheitlich kritisch über die Art der Berichterstattung äußerten und in der Sache erfreulich sachlich argumentierten. Einen längeren Beitrag von „WienerWind“ wollen wir unseren Lesern nicht vorenthalten, den wir hier mit leichten Kürzungen (und Rechtschreibkorrekturen) wiedergeben.

Kommentar von WienerWind zu dem Bericht „Sieben Strafanzeigen bei rechtsextremer Demo und zwei Gegendemos in Düsseldorf“ der Rheinischen Post vom 17. November 2018.

„Gestern habe ich mir selber ein Bild in Sachen „Demokratie und Rechtsstaat“ gemacht. Ernüchtert musste ich als erstes feststellen welche Mittel zuständige Behörden gegen eine Meinungsgruppe, gleich welcher Art „anwenden“Die Unterbindung einer gesitteten und kommunikativen Demonstration wird geschaffen – indem Gegendemos (gleich zwei Stück) am gleichen Veranstaltungsort zu genehmigen sind. Dies war wohl so gewollt.

Eine Behörde muss sich fragen lassen ob dies ihr Demokratieverständnis ist!?

Die derzeitige Art der „Kultur“ kommunikativer Auseinandersetzung in diesem Land, ist geprägt von Pfeifen, Brüllen sowie dem Einsatz von Lautsprecher die dazu dienen Argumente der anderen Seite zu übertönen sowie seine Gleichgesinnten wie im Stadion gruppenmäßig in stimmungswaltigen Gegenpool zu bringen.

Ernüchternd konnte ich feststellen dass die Demo gegen den UN Migrationspakt im Großteil von erwachsenen, gutsituierten sowie gesitteten Mitbürgern besucht wurde. Auch fielen einige „Ungezähmte“ sowie provozierende Teilnehmer auf, die ich an den rechten Rand der BRD zählen würde.

Auf der Gegenseite bei zwei Demos befanden sich eine breite Mischung dieser Gesellschaft von Jung und Alt, deren Auftreten mit einigen Fahnen der Grünen, Linke, SPD sowie Regenbogenfahne bestand.

Das Pfeifen und Gejohle aus diesen Reihen sowie die Einsätze zweier Lautsprecheranlagen keine 30 Meter von der eigentlichen Demo sowie unter der Brücke, was den Hall noch verstärkt hat – waren unerträglich.

Die Sinnhaftigkeit dieses Aneinanderlegens dieser drei Demos war schnell zu erkennen. Eine gesittete, demokratische sowie kommunikative Auseinandersetzung war von der Stadt Düsseldorf nicht gewollt und wurde absichtlich so gelegt.

Für mich ein klares Zeichen das diese Stadt eher der brüllenden und argumentationsfernen Gesinnung von Links sowie der Straße eher das Recht auf Meinungsfreiheit einräumt als der Allgemeinheit die sich die Argumente der Anti-UN Migrationspakt-Gegner auf dieser Demo widmen wollte um sich ein Bild zu machen was leider erst seit einigen Tagen ein Echo in den Medien gefunden hat, obwohl dieses Thema seit Jahren gereift und am Parlament, sowie an der Öffentlichkeit vorbei geschleust werden sollte. ...

Ungezählte Bürger standen abseits von den drei Gruppen, sowie ich und warteten auf kommende Argumentationen – doch dies war durch Pfeifen, Brüllen, Megafone und Lautsprecheranlagen der beiden Gegendemos kaum möglich.

Das Resümee etlicher Normalbürger, die sich mit mir dort einfanden um Argumente zu hören waren sich schnell einig. [Satzbau im Orig.]

Mit solchen Gegendemos, am gleichen Ort ist eine demokratische Auseinandersetzung nicht zu gewährleisten. Ich werde mir anderweitig ein Bild der Argumente der Anti-UN Migrationsgegner machen und habe mir einen Termin bei der passenden Adresse geben lassen.

Die Unsachlichkeit im Ganzen der zwei Gegendemos haben mir gereicht, besonders als ein Sprecher seine Anlage einschaltete und darauf hinwies das der Radweg nicht zum Demobereich gehört und man "nun weiter von den Nazis weg sei"

Wer sich mit einem Satz so ins Abseits demokratischer Basen stellt, muss mir seine Sichtweise nicht mehr erläutern.

Wer Demokratie erhalten will, kann solche Zustände nicht dulden sowie im Vorfeld auf gezielte Konfrontation setzen und dies mit einer notwendigen Trennung von ungezählten Einsatzkräften der Polizei noch finanzieren.

Ich befürchte eine weitere Teilung unsere Gesellschaft, wenn solche Auseinandersetzung so weiter aufgeführt werden sollen.

Quo vadis BRD?“



Die Gadsden- oder Klapperschlangenflagge ist eine historische US-Flagge, die heute teilweise von der basisdemokratischen Tea Party-Bewegung benutzt wird. Die „Boston Tea Party“ von 1773 gehört zur Vorgeschichte des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges. Dieser Mitstreiter versteht die Aufschrift „Don't tread on me“ ("Tritt nicht auf mich!") unter der Klapperschlange als ideelle Selbstverteidigung: Wer mich tritt, wird gebissen.